

Presseinformation

30. August 2005

Kranzl stellte NÖ Bildungsumfrage 2005 vor

Senkung der Klassenschülerhöchstzahl wichtig

Landesrätin Christa Kranzl, der Vizepräsident des NÖ Landesschulrates, Werner Bauer-Wolf, und Mag. Ingrid Posch vom NÖ Landesverband der Elternvereine an öffentlichen Pflichtschulen präsentierten heute im Landhaus in St. Pölten das Endergebnis der NÖ Bildungsumfrage 2005. Im Frühjahr wurden die Umfragebögen über die Schulen an alle 130.220 PflichtschülerInnen verteilt. 31.782 Eltern nutzten die Gelegenheit, ihre Meinung zum Schulsystem zu äußern. Bis Anfang Juni 2005 gaben 528 von 1.030 Schulen die Fragebögen ab, also 51,26 Prozent der Pflichtschulen und fast 33 Prozent der Eltern. „Eine derartige Umfrage wurde in dieser Form noch von keinem anderen Bundesland durchgeführt“, so Kranzl.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

Das finnische System bietet die ganztägige Schulform, bestehend aus Unterrichts- und Betreuungsstunden über Vormittag und Nachmittag verteilt, an. Auf die Frage, ob man diese Schulform dem derzeitigen System vorziehe, antworteten 35,81 Prozent der Eltern mit „Ja“ und 61,38 Prozent mit „Nein“. „Das entspricht für Niederösterreich einem Bedarf von 46.000 ganztägigen Schulplätzen“, meinte Kranzl. Bei Eltern mit Kindern in größeren Gemeinden mit über 5.000 Einwohnern liege die Zustimmung bei 41,27 Prozent. Insgesamt gebe es landesweit 70 Schulen mit ganztägiger Form. „Das bedeutet, dass in Niederösterreich offensichtlich ein eklatanter Mangel an ganztägigen Betreuungsplätzen in Schulen besteht“, meinte Kranzl.

Die Klassenschülerhöchstzahl in den Pflichtschulen ist mit 30 SchülerInnen normiert. Eine Senkung auf 25 halten 89,35 Prozent der Eltern für wichtig.

Derzeit ist am Ende der Volksschule die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg zu treffen. Die Frage, ob man die Wahl der Schullaufbahn im Alter von 10 Jahren für zu früh hält, beantworteten 54,21 Prozent mit „Ja“.

Gemeinsame Schule bedeutet gemeinsamer Unterricht der 6- bis 15-Jährigen mit persönlicher Begabten-Leistungsförderung, also kein frühzeitiges Trennen. Auf die

Presseinformation

Frage, ob man ein solches Modell befürwortet, antworten 33,09 Prozent mit „Ja“.

Auf die Frage, ob man dafür sei, dass vor Eintritt in die Volksschule ein freiwilliges Vorschuljahr angeboten wird, stimmten 78,12 Prozent mit „Ja“.

Sollte zur Unterstützung und zur Hilfe eine verpflichtende Fortbildung der PädagogInnen über das derzeitige Maß hinaus angeboten werden, war eine weitere Frage, die 75,78 Prozent mit „Ja“ beantworteten.

Im Herbst dieses Jahres soll eine Enquete im Landhaus in St. Pölten mit zahlreichen Experten zu diesen Themen stattfinden.